

**Geschäftsführung
Integrationsrat**

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 22.07.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 24.06.2013, 15:00 Uhr bis 17:10 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:**Vorsitzender**

Herr Tayfun Keltek LDK

Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Frau Lyudmyla Beysorina	Einheit
Frau Barbara Brunelli	GOL
Herr Mevlüt Ekinci	KIM
Herr Ali Esen	LB
Frau Minu Nikpay	KÖBES
Herr Turan Özküçük	LDK
Herr Dimitri Rempel	Einheit

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Malik Karaman	SPD
Frau Gonca Mucuk	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Herr Helmut Jung	CDU
Herr Efan Kara	CDU
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Sylvia Laufenberg	FDP Fraktion
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE.

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Christopher Meier	Agentur für Arbeit
Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Claus-Ulrich Prölß	Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Herr Dr. Meinolf E. Sprengelmeier	Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie
Frau Gabriele von Dombois	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Frau Dr. Beate Blüggel
Frau Jolanta Boldok
Frau Dagmar Dahmen
Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Andreas Vetter

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Herr Özkan Aksoy	Aksoy
Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Fevzi Bayrak	LB
Herr Ekrem Ceylan	KL
Frau Ebru Coban	KL
Frau Antonella Giurano	Bunte
Herr Vedat Günes	Integration
Frau Filiz Kalaman	
Frau Yeliz Karadeli-Yasar	KL
Herr Serkan Kirli	Mevlana
Herr Tekin Parmaksiz	
Frau Suzan Ugursoy	INTERFAMILIA
Yavuz Yüksel	MEVLANA

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Uckermann	pro Köln
---------------------	----------

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Süleyman Ates	Deutscher Gewerkschaftsbund
Frau Martina Domke	Diakonisches Werk
Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Herr Michael Sewenig

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V.

Der Vorsitzende Herr Keltek begrüßt die Anwesenden und weist auf den zentralen Tagesordnungspunkt dieser Sitzung, der fristgerechten Beschlussfassung der Einrichtung eines kommunalen Integrationszentrums, hin.

Die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker bittet darum, die Vorlage ‚Förderung der Interkulturellen Zentren 2013/2014‘ aufgrund terminlicher Probleme ausnahmsweise zuerst am 26.06. im Sozialausschuss und erst anschließend am 08.07. im Integrationsrat beschließen zu lassen. Die Mitglieder des Integrationsrates erklären sich damit einverstanden.

Der Vorsitzende Herr Keltek bittet darum, die unmittelbar bevorstehende Veranstaltung des Integrationsrates am 26.06.2013 ‚Brandanschlag in Solingen 2013 – was geht uns das an?‘, intensiv zu bewerben.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Verpflichtung eines neuen Mitgliedes im Integrationsrat

Vorstellung eines Trägers / einer Institution der Integrationsarbeit

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 2.1 AN/0357/2013 Zuzug aus Bulgarien und Rumänien
1784/2013
 - 2.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Turan Özkücük (Mitglied des Integrationsrates) zur Förderung von Angeboten für ältere Migrantinnen/Migranten in 2013 und 2014
2051/2013
- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 3.1 Türkische Schulbücher für den muttersprachlichen Unterricht in deutschen Schulen
AN/0766/2013
- 4 Mitteilungen**
 - 4.1 Beschlüsse des Integrationsrates und Stellungnahme der Behindertenorganisationen zur Mitteilung 1305/2013
2143/2013

- 5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 5.1 Antrag auf Verabschiedung von Wahlprüfsteinen für die Kandidat/innen zur Bundestagswahl
AN/0796/2013
- 6 Berichte**
- 6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen
- 6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)
- 7 Beschlussvorlagen**
- 7.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier:
Zentrum für Bildung und Integration in Mülheim e.V. (ZEBIT)
0509/2013
- 7.2 Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums Köln
1617/2013
- 8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

I. Öffentlicher Teil

Verpflichtung eines neuen Mitgliedes im Integrationsrat

Das zu verpflichtende neue Mitglied des Integrationsrates ist nicht anwesend.

RM Frau Mucuk kritisiert mit sehr deutlichen Worten die fehlende Anwesenheit einer Reihe von gewählten Integrationsratsmitgliedern in den letzten Sitzungen und bittet den Vorsitzenden diese Mitglieder entsprechend aufzufordern ihren Verpflichtungen künftig nachzukommen.

Der Vorsitzende Herr Keltek bestätigt die Kritik und kündigt an, diese Mitglieder anzusprechen.

Vorstellung eines Trägers / einer Institution der Integrationsarbeit

In dieser Sitzung erfolgte keine Vorstellung eines Trägers / Institution der Integrationsarbeit

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

Der Vorsitzende Herr Keltek kündigt die ausführliche Beratung des ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramms‘ in der Sondersitzung am 08.07.13 an.

In diesem Zusammenhang entschuldigt er sich dafür, dass er an dieser außer der Reihe angesetzten Sondersitzung aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen kann.

2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

2.1 AN/0357/2013 Zuzug aus Bulgarien und Rumänien 1784/2013

Auf Nachfrage teilt die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker mit, dass versucht wird noch vor der Sommerpause die geplante Fachveranstaltung zum Thema durchzuführen und dass neben den Fachausschüssen AVR und Sozialausschuss ebenfalls auch Vertreter/-innen aus dem Integrationsrat dazu eingeladen werden können. Das Ziel der Veranstaltung ist eine Darstellung des aktuellen Sach- und Wissensstandes, sowie -unter Einbeziehung der freien Träger- die gemeinsame Überlegung, wie künftig mit dem Thema umgegangen werden soll.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

2.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Turan Özküçük (Mitglied des Integrationsrates) zur Förderung von Angeboten für ältere Migrantinnen/Migranten in 2013 und 2014 2051/2013

Auf Nachfrage von IRM Herrn Özkücük zur Beantwortung von Frage 2 erklärt die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker, dass zum Zeitpunkt der Answererstellung die Frage nicht beantwortet werden konnte und dies zur Sitzung am 08.07. erfolgen wird.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

3.1 Türkische Schulbücher für den muttersprachlichen Unterricht in deutschen Schulen AN/0766/2013

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

Es wird darum gebeten die Beantwortung dann auch dem Schulausschuss vorzulegen.

4 Mitteilungen

4.1 Beschlüsse des Integrationsrates und Stellungnahme der Behindertenorganisationen zur Mitteilung 1305/2013 2143/2013

Der Vorsitzende Herr Keltek stellt den Antrag, an Stelle des jetzt vorgelegten Beschlusstextes zur Mitteilung ‚Personelle Ressourcen stärken – Diversity Management für die Stadt Köln‘ (1305/2013), den entsprechenden kompletten Auszug aus der Niederschrift des Integrationsrates am 04.06., in die nachberatenden Ausschüsse zu geben.

Zur geplanten Fachtagung fragt RM Herr Detjen nach, welche Möglichkeiten den Kritikern von Diversity gegeben werden sollen ihre Fachposition darzulegen und ob es geplant sei Referenten einzuladen, die dem Diversityansatz kritisch gegenüber stünden.

Die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker weist darauf hin, dass sie die Veranstaltung nicht alleinverantwortlich organisiere und erklärt diese Anregung mitzunehmen.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Integrationsrat bittet die Verwaltung, dem ‚Ausschuss Soziales und Senioren‘ sowie der ‚Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik‘ den kompletten Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Integrationsrates am 04.06.2013 zur Diskussion der Mitteilung ‚Personelle Ressourcen stärken – Diversity Management für die Stadt Köln‘ (1305/2013) bzw. des dazu gestellten Antrages, zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

5.1 Antrag auf Verabschiedung von Wahlprüfsteinen für die Kandidat/innen zur Bundestagswahl AN/0796/2013

Der Vorsitzende Herr Keltek stellt seinen Antrag vor.

Der Landesintegrationsrat hat Wahlprüfsteine entwickelt mit denen

- die Kandidaten zur Bundestagswahl befragt werden sollen,
- die Kölner Migrant/-innen für eine Teilnahme an den Bundestagswahlen motiviert werden sollen und
- die Zentren, Migrantenselbstorganisationen und Glaubensgemeinschaften eine Art Handreichung erhalten sollen, damit im Vorfeld der Bundestagswahlen Veranstaltungen mit den Wahlkandidaten durchgeführt und migrationspolitische Fragestellungen diskutiert werden können.

Integrationsräte in ca. 25 Städte in NRW werden diese Wahlprüfsteine hinsichtlich einer Nutzung in ihren Städten diskutieren.

In der anschließenden kontroversen Diskussion werden die Fragestellungen allgemein als positiv, allerdings die vorgegebenen Antworten als zu polarisierend bewertet.

RM Herr Unna rät zu den Antworten ein Ranking von 1 – 6 im Sinne von ‚ich stimme voll zu‘; ‚ich stimme überwiegend zu‘ bis hin ‚ich lehne völlig ab‘ anzubieten.

RM Herr Jung schlägt vor in der aktuellen Sitzung die Nutzung von Wahlprüfsteinen grundsätzlich zu beschließen und alles Weitere auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Das beratende Mitglied Herr Prölß äußert den Gedanken lediglich die Fragen ohne die Antworten zu nutzen.

Der Vorsitzende Herr Keltek sieht beim Landesintegrationsrat keine personellen Kapazitäten, um die Antwortentwürfe zu überarbeiten. Er regt an verbesserte Antwortvorschläge der Geschäftsführung zuzumailen und diese in der nächsten Sitzung des Integrationsrates zu behandeln.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über den Ersetzungsantrag von RM Herrn Jung abstimmen.

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt die vorliegenden Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl grundsätzlich zu nutzen und das weitere Vorgehen in der nächsten Sitzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

10 Stimmen dafür, 6 dagegen bei 2 Enthaltungen

6 Berichte

6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

RM Herr Jung kritisiert in deutlichen Worten die mangelnde Anwesenheit eines Großteils der als sachkundige Einwohner/-innen entsandten direkt gewählten Integrationsratsmitgliedern in den Ausschüssen.

Mehrere direkt gewählte Mitglieder weisen den Vorwurf von Herrn Jung für ihre Person zurück.

Es liegen keine Berichte sachkundiger Einwohner/-innen vor.

6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

Der Vorsitzende Herr Keltek berichtet über ein gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, dem Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.V. und dem Landesintegrationsrat NRW aufgelegtes Programm zur Qualifizierung von Kandidaten/-innen für die Integrationsratswahlen in 2014.

Der Vorsitzende Herr Keltek berichtet des Weiteren von Gesprächen des Landesintegrationsrates mit dem Innenministerium NRW zur geplanten Überarbeitung des § 27 der Gemeindeordnung NRW und stellt die wesentlichen Eckpunkte vor. Ende November 2013 soll das Gesetz vom Landtag verabschiedet werden.

Auf die Anmerkung von IRM Herr Rempel, dass eingebürgerte Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft automatisch und nicht wie im Gesetz vorgesehen erst auf Antrag wählen können sollten, erklären der Vorsitzende Herr Keltek und die Verwaltung Frau Dahmen, dass dies technisch nicht möglich sei, da bei eingebürgerten Personen die Verwaltung gesetzlich verpflichtet ist, die ‚ausländerrechtliche Vita‘ zu löschen, so dass eine Wahlberechtigung nur auf Antrag und Vorlage der Einbürgerungsurkunde möglich sei.

7 Beschlussvorlagen

7.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: Zentrum für Bildung und Integration in Mülheim e.V. (ZEBIT) 0509/2013

RM Herr Helling führt aus, dass er zwischenzeitlich selber zu den von ihm in der letzten Sitzung gestellten Fragen recherchiert habe. Er schlägt vor, dem Votum der Bezirksvertretung Mülheim zu folgen und eine Anerkennung des Trägers zu empfehlen und die Verwaltung zu bitten, in sechs Monaten einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt den Jugendhilfeausschuss, folgenden Beschluss zu fassen: Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Zentrum für Bildung und Integration in Mülheim e.V.“ (ZEBIT), Ackerstr. 146, 51065 Köln, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Absatz 1 anzuerkennen.

Der Integrationsrat bittet die Verwaltung, nach sechs Monaten einen Zwischenbericht über die Aktivitäten des Vereins zu erstellen und darzustellen, inwieweit der Verein bei den Bürgerdiensten aktiv ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 3 Enthaltungen.

7.2 Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums Köln 1617/2013

RM Herr Detjen kritisiert die Befristung der aufgeführten 1,5 Stellen.

Er fragt des Weiteren nach, ob es gemäß den gesetzlichen Vorgaben möglich sei, dass diese 1,5 Stellen inhaltliche Aufgaben bei der Punktdienststelle Diversity übernehmen können.

RM Herr Helling würdigt die in der Beschlussvorlage vorgestellte Zusammenfassung integrationspolitischer Aufgaben im Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt und rät zu einer schnellen Beschlussfassung. Er bedauert, dass in diesem Zusammenhang vier Personalstellen abgebaut werden mussten.

Herr Helling kritisiert, dass seitens des Landesgesetzgebers alle Kommunen ungeachtet ihrer Größe und speziellen Situation, in gleicher Weise gefördert werden. Eine weitere Schwäche des Gesetzes sieht er in der zu starken Betonung des Bildungsbereiches.

Über die beiden beiden genannten Schwerpunkte hinausgehend sieht Herr Helling die dringende Notwendigkeit die Breitenaufgabe des ‚Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft‘ und des ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramms‘ weiterzuentwickeln.

RM Frau Mucuk regt folgende Ergänzung an: ‚Für den Bereich ‚Integration durch Bildung‘ stellt das KIZ die Förderung der natürlichen Kompetenzen der Kinder mit Migrationshintergrund in den Mittelpunkt seiner Arbeit und nutzt die vorhandenen Ressourcen. Es fördert die natürliche Mehrsprachigkeit durch Ausbau der städtischen bilingualen Angebote in den Kindergärten in Kooperation mit dem Jugendamt, sowie an den Schulen (Primarstufe und Sekundarstufe I) in Kooperation mit dem ZMI (Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration)‘.

IRM Herr Özküçük beklagt die massiven Personalkürzungen und sieht sich durch die Vorlage erpresst, da bei einer Ablehnung die Landesbezuschung für die Stadt Köln wegfallen würde. Aus seiner Sicht kann die jetzt vorgelegte Struktur eines Kommunalen Integrationszentrums nur eine Notlösung sein, da die Arbeit mit diesem Personalschlüssel nicht zu leisten sei. Er rät dazu diese Sicht des Integrationsrates in der Vorlage zu vermerken.

Der Vorsitzende Herr Keltek betrachtet den Diversity Begriff als ein Synonym für Kürzungen. Aus seiner Sicht erfolge hier eine faktische Kürzung um insgesamt 10 Stellen. Er unterstützt die Kritik von Herrn Helling an der gleichförmigen Landesbezuschung und beschreibt darüber hinaus die Mitschuld der Kommune, da diese ebenfalls verantwortlich für die knappe Personalausstattung sei. Er unterstützt bezüglich der Schwerpunktsetzungen den Vorschlag von Frau Mucuk.

RM Frau Schmerbach rät dazu die vorliegende Beschlussvorlage positiv zu entscheiden und alles andere in den nächsten Haushaltsberatungen geltend zu machen.

Die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker erklärt, eingehend auf die Frage von Herrn Detjen, die Befristung der Stellen mit der jeweiligen Landesbefristung. Sie beschreibt noch einmal die äußeren Rahmenbedingung der Landesgesetzgebung, den Konsolidierungsvorgaben zum Interkulturellen Referat und der Planungen zur Diversity Dienststelle und wirbt für die Unterstützung der Vorlage zum Kommunalen Integrationszentrum. Sie betrachtet die derzeitige personelle Situation als eine Startaufstellung die zu einem späteren Zeitpunkt auch personell noch ergänzt werden könne.

Frau Reker sagt an Herrn Helling gewandt eine weitere Bearbeitung des ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramms‘ auch im neuen Kommunalen Integrationszentrum zu.

Die Verwaltung Frau Dr. Blüggel erläutert noch einmal die geplante Personalsituation des Kommunalen Integrationszentrums, dessen künftige Arbeitsschwerpunkte und begründet die Entscheidung für den Schwerpunkt ‚Seiteneinsteiger‘.

Der Vorsitzende Herr Keltek kritisiert, dass im Bereich ‚Integration durch Bildung‘ keine potentialorientierte Schwerpunktsetzung gewählt worden sei.

RM Herr Helling hofft, dass durch die Schwerpunktsetzung eine andere Qualität im Bereich ‚Seiteneinsteiger‘ erreicht werden kann.

Er erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag von Frau Mucuk nur zustimmen könne, wenn dies ein Prüfauftrag an die Verwaltung sei.

Das beratende Mitglied Frau von Dombois verweist auf die Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements in diesem Bereich.

RM Frau Mucuk erklärt sich damit einverstanden ihren Antrag in einen Prüfauftrag an die Verwaltung abzuändern. Sie verweist auf die lange, regelmäßige und intensive Befassung des Integrationsrates mit dem Thema Mehrsprachigkeit.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt zuerst über den Prüfantrag und anschließend über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss 1:

Der Integrationsrat bittet die Verwaltung zu prüfen, ob bei der Festlegung der Arbeitsschwerpunkte des KIZ für die nächsten zwei Jahre, der Schwerpunkt ‚Integration durch Bildung‘ folgendermaßen ergänzt werden kann:

„Für den Bereich ‚**Integration durch Bildung**‘ stellt das KIZ die Förderung der natürlichen Kompetenzen der Kinder mit Migrationshintergrund in den Mittelpunkt seiner Arbeit und nutzt die vorhandenen Ressourcen. Es fördert die natürliche Mehrsprachigkeit durch Ausbau der städtischen bilingualen Angebote in den Kindergärten in Kooperation mit dem Jugendamt, sowie an den Schulen (Primarstufe + Sekundarstufe I) in Kooperation mit dem ZMI (Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration).

Des Weiteren wird die schulische Versorgung der Seiteneinsteiger“ (*weiter wie im Text*)

Beschluss 2:

Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat beschließt die Einrichtung eines „Kommunalen Integrationszentrums Köln“ durch Zusammenlegung der bisherigen „Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)“ und des „Interkulturellen Referates“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt gemäß § 7 des Gesetzes zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integration des Landes *NRW*.

Vorbehaltlich der Erfüllung der Fördervoraussetzungen des Landes sowie der grundsätzlichen Genehmigung durch die zuständigen Ministerien und der Zustimmung durch die Bewilligungsbehörde (Bezirksregierung Arnsberg) beschließt der Rat die Einrichtung von 1,5 Stellen zum Stellenplan 2015 (1 Stelle Verwaltungsfachkraft und 0,5 Stelle Assistentkraft). Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2015 sind verwaltungsintern entsprechende Verrechnungsstellen zur Verfügung zu stellen.

Die Freigabe der Stellen erfolgt befristet, in Abhängigkeit zur jährlich zu beantragenden Landesförderung.

Das „Kommunale Integrationszentrum Köln“ wird organisatorisch beim Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt - Punktdienststelle „Diversity“ (5001) als eigenständige Abteilung (5001/1) angebunden.

Die Verwaltung wird beauftragt, das bereits in Gang gesetzte Antragsverfahren (Antragstellung beim Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales sowie beim Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW) unverzüglich fortzusetzen, damit ohne zusätzliche finanzielle Belastungen für die Stadt ein entsprechender Antrag auf Förderung dieses „Kommunalen Integrationszentrums“ beim Land NRW aufgrund der dort formulierten Rahmenbedingungen Aussicht auf Erfolg hat.“

Abstimmungsergebnis:

Zu Beschluss 1:

Mehrheitlich beschlossen bei 2 Enthaltungen

Zu Beschluss 2:

Mehrheitlich beschlossen bei 7 Enthaltungen

8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Ein Beschluss die Öffentlichkeit zu informieren wird nicht gefasst.

9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

RM Herr Helling bezieht sich auf eine Vorlage zur ‚Berufsbezogenen Sprachförderung in 2014/2015 (1760/2013)‘ fragt nach, warum diese Vorlage nicht auch für den Integrationsrat vorgesehen wurde.

Eine Nachfrage von RM Herr Detjen zur Finanzierung eines Wachdienstes im Flüchtlingswohnheim Xantener Straße wird die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren beantworten.

RM Frau Mucuk mahnt den bereits für das Vorjahr angekündigten Projektbericht zur bilingualen Erziehung in Kindertagesstätten an.

Gez.:

Tayfun Keltok
Vorsitzender

Andreas Vetter
Geschäftsführer